I n h a l t s v e r z e i c h n i s

zur Niederschrift über die 3./XI. Ratsperiode Sitzung des Rates der Stadt Kleve am Mittwoch, dem 23.06.2021, 17:00 Uhr, im Saal der Stadthalle Kleve

		Seite
Öffentliche Sitzung		
1.	Bestellung einer Schriftführerin	5
2.	Jahresbericht zum Integrierten Handlungskonzept - Vortrag des Citymanagements	6
3.	Umsetzungsstand der vom Rat in öffentlicher Sitzung gefassten Beschlüsse für das 1. Halbjahr 2021 - Drucksache Nr. 183 /XI. -	6 - 8
4.	Satzung der Stadt Kleve zur Änderung der Hauptsatzung der Stadt Kleve vom 28.04.2008 - Drucksache Nr. 180 /XI. -	8 - 10
5.	Änderung der Geschäftsordnung für den Rat und die Ausschüsse vom 23.04.2008 - Drucksache Nr. 179 /XI. -	10 - 12
6.	1. Nachtrag 2021 inkl. Wirtschaftspläne GSK und USK - Drucksache Nr. 170 /XI. -	12 - 14
7.	Feststellung des Jahresabschlusses und des Lageberichtes des Gebäudemanagements der Stadt Kleve für das Wirtschaftsjahr 2020 - Drucksache Nr. 177 /XI. -	14
8.	Feststellung des Jahresabschlussberichtes der Wirtschaft, Tourismus & Marketing Stadt Kleve GmbH und des Lageberichtes für das Geschäftsjahr 2020 - Drucksache Nr. 181 /XI. -	14 - 15
9.	Vorstellung der Entwurfsplanung zur Neugestaltung des Stadthallenumfeldes 3. BA - Drucksache Nr. 174 /XI. -	15 - 16
10.	Vorstellung Anliegerversammlung Ausbau Spyckstraße 2. BA, von Kavariner Straße bis Goethestraße - Drucksache Nr. 175 /XI. -	16 - 17
11.	Beteiligung der Stadt Kleve an der Initiative "Seebrücke - schafft sichere Häfen" (Antrag der Fraktion Bündnis 90/ DIE GRÜNEN vom 31.03.2021)	17
12.	Errichtung eines ARAS an der unteren Römerstraße (Antrag der Fraktion Bündnis 90/ DIE GRÜNEN vom 26.04.2021)	17 - 18

13.	Schaffung einer zusätzlichen Unterkunft mit psychosozialer Begleitung für obdachlose Frauen in Kleve (Antrag der Fraktion Bündnis 90/ DIE GRÜNEN vom 11.05.2021)	19
14.	Prüfung der Einrichtung eines Pop-up-Radweges an der Ringstraße zwischen Freiherr-vom-Stein-Gymnasium und Marktplatz Linde (Antrag der SPD-Fraktion vom 25.02.2021)	19 - 20
15.	Trinkwasser- und Fahrradservicestationen für die Europa-Radbahn von Kleve nach Kranenburg (Antrag SPD-Fraktion vom 29.03.2021)	20 - 21
16.	Prüfung der Ausweisung einer städtischen Fläche für eine Wasserstofftankanlage (Antrag SPD-Fraktion vom 12.04.2021)	21
17.	Fortschreibung des Sportentwicklungskonzepts Kleve (Antrag der SPD-Fraktion vom 11.06.2021)	21 - 22
18.	Mitteilungen	
	a) Einführung Stadtgutscheine	22
	b) Rechtskonforme Ergänzung der Vertretungsregelung	22
	c) Förderprogramm "Extra-Zeit zum Lernen"	22
	d) Digitalisierung an Schulen	22
19.	Anfragen	
	a) Relaunch Internetseite der Stadt Kleve	22 - 23

N i e d e r s c h r i f t

über die 3./XI. Ratsperiode Sitzung des Rates der Stadt Kleve am Mittwoch, dem 23.06.2021, 17:00 Uhr, im Saal der Stadthalle Kleve

Unter dem Vorsitz der
Bürgermeister Gebing, Wolfgang
sind anwesend die Ratsmitglieder:

Bay, Michael	GRÜNE
Brückner, Heinz-Peter	SPD
Bucksteeg, Friedhelm	CDU
Dirmeier, Franz-Theo	CDU
Dörper, Sarah	GRÜNE
Driever, Gerd	CDU
Edler, Heike	FDP
Erkens, Julia	CDU
Fuchs, Anne	OK
Geier, Stephan	SPD
Gietemann, Josef	SPD
Grundmann, Tobias	CDU
Hendricks, Marco	OK
Heyrichs, Michael	CDU
Hiob, Georg	CDU
Janßen, Bruno	GRÜNE
Janssen, Udo	CDU
Kamps, Andrea	CDU
Kanders, Angelika	CDU
Koken, Detlev	GRÜNE
Krauledat, Verena	GRÜNE
Krebber, Hans-Heinrich	FDP
Lichtenberger, Niklas	SPD
Liffers, Werner	CDU
Linsen, Bastian	CDU
Marbach, Maja Manolita	GRÜNE
Dr. Meyer-Wilmes, Hedwig	GRÜNE
Nitsch, Christian	SPD
Oversteegen, Maarten	FDP
Plorin, Gerd	AfD
Rütter, Daniel	FDP
Sanders, Norbert	CDU
Schnütgen, Wiltrud	GRÜNE
Schoofs, Rebecca	CDU
Schroers, Benedict	CDU
Schütt, Britta	OK
Schweers, Jürgen	CDU
Sevim, Cemile	SPD
Siebert, Susanne	GRÜNE
Teigelkötter, Friedrich	CDU
Tekath, Petra	SPD
Verheyen, Benedikt	GRÜNE
Verhoeven, Werner	CDU
Wäckers, Ulrike	GRÜNE
Walraven, Felix	SPD

Weinrich, Udo	OK
Welberts, Sonja	SPD
Well, Oliver van	CDU

Nicht anwesend:

Görtz, Tim	AfD
Jaschinski, Hannes	GRÜNE
Kanders, Josef	CDU
Kumbrink, Michael	Fraktionslos
Schmidt, Joachim	CDU
Wucherpfennig, Brigitte	SPD

Von der Verwaltung sind anwesend:

Erster Beigeordneter Haas
Amtfrau Berns
Verwaltungsrat Boltersdorf
Oberverwaltungsrat Dahmen
Verwaltungsdirektor Janßen
Verwaltungsdirektor Keysers
Gleichstellungsbeauftragte Tertilte-Rübo
Tariflich Beschäftigte Welbers
Tariflich Beschäftigte Grömping als Schriftführerin

Gäste:
Citymanagerin Lena Börsting (zu TOP 1 öffentliche Sitzung)

Bürgermeister Gebing begrüßt die Anwesenden und stellt die form- und fristgerechte Einladung sowie die Beschlussfähigkeit des Rates fest.

Er weist auf die coronabedingten Verhaltens- und Hygieneregeln hin und kündigt an, die Sitzung nach spätestens dreieinhalb Stunden inklusive der erforderlichen Sitzungspausen zu beenden.

Bürgermeister Gebing teilt mit, dass der Tagesordnungspunkt 2 von der Tagesordnung abgesetzt werde, da die pandemische Lage vom Land nicht verlängert worden und somit die Aufhebung der Delegation von Entscheidungsbefugnissen gem. § 60 Abs. 2 GO nicht mehr erforderlich sei. Die nachfolgenden Tagesordnungspunkte würden sich entsprechend verschieben.

Er weist auf den Antrag der SPD-Fraktion vom 20.06.2021, Projekt „Jedem Kind ein Schwimmangebot“: Kostenlose Schwimmkurse in den Schulferien 2021/2022, hin und teilt mit, dass dieser Antrag in Form einer Erweiterung der Tagesordnung beraten werden könne.

StV. Nitsch begründet den Antrag.

StV. Dr. Meyer-Wilmes zweifelt die Dringlichkeit des Antrages an und verweist auf die Beantwortung der Verwaltung vom 21.06.2021 zur Anfrage der FDP-Fraktion und Fraktion Bündnis 90/ DIE GRÜNEN zum coronabedingten Ausfall der Schwimmausbildung.

Bürgermeister Gebing lässt über den Antrag zur Erweiterung der Tagesordnung der SPD-Fraktion abstimmen.

Beschluss:
Der Antrag der SPD-Fraktion zur Erweiterung der Tagesordnung zum Projekt „Jedem Kind ein Schwimmangebot“: Kostenlose Schwimmkurse in den Schulferien 2021/2022, wird mehrheitlich bei acht Ja-Stimmen abgelehnt.

Auf Nachfrage des StV. Weinrich führt Bürgermeister Gebing aus, dass alle behandelten Drucksachen, die Gegenstand des Haupt- und Finanzausschusses am 09.06.2021 gewesen seien, abschließend beschlossen worden seien.

Weitere Anmerkungen zur Tagesordnung oder zur Niederschrift über die letzte Sitzung ergeben sich nicht.

Zur Bürgerfragestunde gibt es keine Anmerkungen.

Öffentliche Sitzung

1. Bestellung einer Schriftführerin

Die Verwaltung schlägt tariflich Beschäftigte Grömping als Schriftführerin vor.

Beschluss
Der Rat der Stadt Kleve bestellt einstimmig tariflich Beschäftigte Grömping als Schriftführerin für den Rat.

2. Jahresbericht zum Integrierten Handlungskonzept
- Vortrag des Citymanagements

Frau Lena Börsting trägt den Jahresbericht des Citymanagements Innenstadt Kleve vor. Die Präsentation ist der Niederschrift als Anlage beigefügt.

Bürgermeister Gebing bedankt sich bei Frau Börsting für den Vortrag zum Jahresbericht.

StV. Bay möchte wissen, welche Ergebnisse die Lenkungsgruppensitzung erzielt habe und wünscht weitere Erläuterungen zur Förderung der multifunktionalen Innenstadt.

Frau Börsting führt aus, dass bei der Lenkungsgruppensitzung ein Strategiepapier erstellt worden sei und weitere Treffen der Lenkungsgruppe in Planung seien.
Zur Förderung der multifunktionalen Innenstadt erklärt sie, dass nicht nur der Einzelhandel, sondern auch andere Bausteine, wie Bildungs-, Kultur- und Freizeitangebote sowie die Gastronomie, zu fördern seien. Es stehe im Vordergrund, dass bei der multifunktionalen Innenstadtentwicklung jeder Prozess berücksichtigt werde. Das Konzept bestehe nicht darin, dass der Handel aus der Stadt solle. Vielmehr sollten dort, wo kein Handel mehr ansiedelbar sei, neue und andere Möglichkeiten geschaffen werden.

Erster Beigeordneter Haas sagt, dass die genannten Programme ein Teilsegment des IHK seien. Es sei von einer Förderung von rund 5,2 Millionen Euro für das Jahr 2018 bis zum Ende des Förderzeitraums die Rede. Mit dem Eigenanteil seien dies insgesamt rund 7,4 Millionen Euro, die im Rahmen des IHK umgesetzt würden.

Auf Nachfrage von StV. Dr. Meyer-Wilmes, ob der Einzelhandel in Kleve durch die Coronapandemie wieder zusammengefunden habe, antwortet Frau Börsting, dass es hierzu unterschiedliche Ergebnisse gebe.

Auf Nachfrage von StV. Fuchs, wie die Etablierung der Immobilienbesitzer aussehe, antwortet Frau Börsting, dass dies durch Gesprächsrunden mit den Eigentümern angestoßen worden sei. Im Anschluss erhielten alle Immobilieneigentümer eine Dokumentation der Gesprächsrunden. Sie berichtet, dass die Immobilieneigentümer ihr Interesse signalisiert hätten, sich formell oder informell zusammenzuschließen, wobei hier zunächst eine Prüfung erforderlich sei.

Bürgermeister Gebing ergänzt, dass die Gesprächsrunden sehr zielführend gewesen seien, da sich viele Impulse aus den Gesprächsrunden entwickelt hätten. Er teilt mit, dass alle Immobilieneigentümer innerhalb der Gesprächsrunden den Standort Kleve gelobt hätten und sie zuversichtlich im Bereich der dauerhaften Vermietung seien. Seitens der Immobilieneigentümer sei der Wunsch geäußert worden, dass die Gesprächsrunden kontinuierlich fortgesetzt würden.

Auf Anmerkung zur Entwicklung des Spoycenters von StV. Fuchs führt Bürgermeister Gebing aus, dass das Gebäude zu 95 % vermietet sei. Er bedauert, dass die vermieteten und nicht vermieteten Ladenflächen zum Teil nicht sehr ansehnlich seien. Die Stadt sei bemüht, dass das Spoycenter eine positive Entwicklung erfahre.

3. Umsetzungsstand der vom Rat in öffentlicher Sitzung gefassten Beschlüsse für das 1. Halbjahr 2021
- Drucksache Nr. 183 /XI. -

StV. Nitsch teilt die Zustimmung seiner Fraktion der Kenntnisnahme der vorliegenden

Drucksache mit und lobt die Arbeit der Verwaltung. Darüber hinaus kündigt er einen Antrag der SPD-Fraktion an, in dem eine Optimierung des Ratsinformationssystems dahingehend erfolgen solle, dass Fragen zu einzelnen Drucksachen gestellt werden könnten. Die jeweiligen Antwortschreiben der Verwaltung sollten über das Ratsinformationssystem abrufbar sein.

StV. Fuchs kritisiert, dass zu Nr. 9 der Anlage, Informationen zum Pannier-Gelände, nach Vorstellung des Konzeptes am 19.08.2020 lediglich Gespräche zur weiteren Vorgehensweise erfolgen würden.

Bürgermeister Gebing erklärt, dass die umfassenden Untersuchungen des beauftragten Büros einige Zeit in Anspruch nehmen würden.

StV. Dr. Meyer-Wilmes fragt zu Nr. 3 der Anlage, Antrag der Fraktion Bündnis 90/ DIE GRÜNEN vom 20.12.2017 zur Errichtung eines umweltfreundlich angetriebenen Fahrstuhls auf dem Parkgrundstück der Weinhandlung Peters, wer sich bei dieser Thematik mit wem abzustimmen habe. Es gebe in dieser Angelegenheit unterschiedliche Rückmeldungen.

Zudem teilt StV. Dr. Meyer-Wilmes zu Nr. 12 der Anlage, Antrag der SPD-Fraktion zur Fortschreibung des Stadtentwicklungskonzeptes, mit, dass sie diesbezüglich keine Kenntnis von einer interfraktionellen Beratung habe.

Weiter fragt sie zu Nr. 78 der Anlage, Neuaufstellung Flächennutzungsplan der Stadt Kleve, wann diese Maßnahmen redaktionell beendet worden seien.

Bürgermeister Gebing führt in Bezug auf die Frage zu Nr. 3 aus, dass die Verwaltung sich in Abstimmung mit dem Landesbetrieb, der für das Land NRW federführend für den Burgberg zuständig sei, befinde.

Tariflich Beschäftigter Klockhaus ergänzt, dass die genannten Gespräche, die Gespräche mit dem Kreis, mit dem Bund bzw. BLB als Eigentümer, aber auch mit der Denkmalbehörde und dem Klimaschutzmanager seien. Darüber hinaus müsse der Geologe als Bodengutachter mit einbezogen werden. Die Prüfung dieses Vorhabens sei zeitlich gesehen sehr umfangreich.

Zu der Fortschreibung des Stadtentwicklungskonzeptes erläutert Bürgermeister Gebing, dass dies demnächst nicht nur von den Fraktionen, sondern auch von der Verwaltung angestoßen werde, da sich die Stadt in den letzten Jahren rasant entwickelt habe.

StV. Weinrich teilt mit, dass er keinen Bedarf einer interfraktionellen Beratung sehe, sondern lediglich die Umsetzung des Beschlusses vom 09.10.2019 wünsche.

Bürgermeister Gebing sagt zu, den Punkt auf die Tagesordnung des nächsten Haupt- und Finanzausschusses zu nehmen. Es gehe zunächst um den Beginn des Verfahrens zur Fortschreibung des Stadtentwicklungskonzeptes. Im Anschluss erfolge eine Beratung in den Fachausschüssen, sodass der Rat ein neues Stadtentwicklungskonzept beschließen könne.

StV. Krauledat merkt zu Nr. 195, Antrag der Fraktion Bündnis 90/ DIE GRÜNEN zur Aufnahme von Dach- und Fassadenbegrünung in das integrierte Handlungskonzept der Stadt Kleve, an, dass der Hinweis zu der Modifizierung des Antrages fehle. Die Verwaltung sei beauftragt worden zu prüfen, inwieweit man die Fördermittel des Programms Klimaresilienz in Kommunen nutzen könne, um die Förderung auf das gesamte Stadtgebiet auszuweiten. StV. Krauledat fragt nach dem Sachstand.

Erster Beigeordneter Haas erläutert, dass es bereits ein vom Klimaschutzmanager erarbeitetes Konzept gebe, welches sich noch in der Abstimmung befinde. In diesem Zusammenhang könne der Politik vermutlich nach der Sommerpause ein Vorschlag vorgelegt werden.

Auf Nachfrage von StV. Fuchs zu Nr. 140 der Anlage, zum Radweg Griethausen bis Oraniendeich, führt Erster Beigeordneter Haas aus, dass der Förderantrag gestellt sei und eine Bewilligung des Antrages in Aussicht stehe.

Beschluss:
Der Rat der Stadt Kleve nimmt die der Drucksache beigefügten Aufstellungen zur Kenntnis.

4. Satzung der Stadt Kleve zur Änderung der Hauptsatzung der Stadt Kleve vom 28.04.2008
- Drucksache Nr. 180 /XI. -

Bürgermeister Gebing macht auf den Änderungsantrag zur Drucksache Nr. 180/ XI. der Fraktion Offene Klever vom 20.06.2021 aufmerksam.

StV. Weinrich begründet den Antrag.

StV. Meyer-Wilmes teilt mit, dass ihre Fraktion keine Notwendigkeit für eine Ergänzung des § 18 Fraktionsvorsitzendenrunde sehe.

Bürgermeister Gebing lässt über den weitergehenden Antrag der Fraktion Offene Klever abstimmen.

Beschluss:
Der Änderungsantrag zur Drucksache Nr. 180/ XI. wird mehrheitlich bei fünf Ja-Stimmen abgelehnt.

Bürgermeister Gebing lässt sodann über den Beschlussvorschlag der Drucksache abstimmen.

Beschluss:
Der Rat der Stadt Kleve beschließt mehrheitlich bei 13 Gegenstimmen und einer Enthaltung folgende Satzung zur Änderung der Hauptsatzung der Stadt Kleve vom 28.04.2008:

Satzung der Stadt Kleve vom _____ zur Änderung der Hauptsatzung der Stadt Kleve vom 28.04.2008

Präambel

Aufgrund von § 7 Abs. 3 Satz 1 i.V.m. § 41 Abs. 1 Satz 2 Buchstabe f der Gemeindeordnung für das Land Nordrhein-Westfalen (GO NRW) in der Fassung der Bekanntmachung vom 14.07.1994 (GV NW S. 666 ff.), zuletzt geändert durch Artikel 3 des Gesetzes vom 29. September 2020 (GV. NRW. S. 916) hat der Rat der Stadt Kleve in seiner Sitzung am 23.06.2021 mit der Mehrheit der gesetzlichen Anzahl der Ratsmitglieder folgende Satzung zur Änderung der Hauptsatzung der Stadt Kleve vom 28.04.2008 beschlossen:

§ 1

§ 4 (Wahrung der Belange der Menschen mit Behinderung) erhält folgende Fassung:

(1) Zur Wahrung der Belange der Menschen mit Behinderung in der Stadt Kleve bestellt der Rat der Stadt Kleve jeweils für die Dauer seiner Wahlperiode eine ehrenamtliche Behindertenbeauftragte/ einen ehrenamtlichen Behindertenbeauftragten.
Die erneute Bestellung ist möglich.

(2) Die/ Der ehrenamtliche Behindertenbeauftragte ist mit beratender Stimme Mitglied des Ausschusses für Generationen und Gleichstellung und vertritt die Interessen der Menschen mit Behinderung.

(3) Der/ Dem ehrenamtlichen Behindertenbeauftragten werden zur Erledigung ihrer/ seiner Aufgaben finanzielle Mittel in Form eines monatlichen Pauschalbetrages in Höhe von 200,00 € zur Verfügung gestellt. Über die Verwendung der Mittel ist ein Nachweis in einfacher Form zu führen. Nicht verausgabte Mittel sind zu erstatten.

§ 2

In § 11 Abs. 1 Ziffer 2 wird folgender Satz angefügt:

„Die Entscheidungen gelten im Folgenden als auf die Ausschüsse übertragen, sofern der Rat nicht von seinem Vorbehaltsrecht Gebrauch macht.“

§ 3

§ 11 Abs. 2 Satz 1 wird wie folgt gefasst:

„Der Haupt- und Finanzausschuss berät grundsätzlich alle Angelegenheiten des Rates der Stadt Kleve vor.“

§ 4

In § 11 (Zuständigkeit) werden die folgenden Absätze 7 bis 10 neu eingefügt:

(7) Der Ausschuss für Personal und Digitalisierung ist zuständig für Personalangelegenheiten die durch die Gemeindeordnung NRW (GO NRW) dem Rat übertragen werden, insbesondere die Beratung des Stellenplans.
Des Weiteren befasst er sich mit allen Themenfeldern der Digitalisierung von Verwaltungsarbeit nach innen und außen.

(8) Der Ausschuss für Klima-, Umwelt- und Naturschutz nimmt die stadtplanerischen und infrastrukturellen Belange der Stadt Kleve unter klima-, umwelt- und naturschutzrechtlichen Aspekten in den Fokus, berät diese und spricht Empfehlungen aus. Ziel ist dabei, die Stadt Kleve im Sinne einer nachhaltigen, ressourcenschonenden Entwicklung voranzubringen und diese Entwicklung auch in das Bewusstsein der Öffentlichkeit zu bringen.

(9) Der Ausschuss für Verkehrsinfrastruktur und -mobilität ist zuständig für die Fragen der allgemeinen Verkehrsplanung sowie die Planung und Durchführung von Verkehrsmaßnahmen. Ziel ist dabei, die Interessen der einzelnen Verkehrsteilnehmer unter Berücksichtigung deren Mobilitätsverhaltens sowie einer nachhaltigen Entwicklung zu einem gerechten Ausgleich zusammenzuführen.
Des Weiteren befasst sich der Ausschuss mit allen infrastrukturellen Angelegenheiten von Straßen und Wegen der Stadt Kleve.

(10) Der Ausschuss für Generationen und Gleichstellung ist zuständig für die gleichberechtigte Teilhabe von Kindern und Jugendlichen, die Interessen der Seniorinnen und Senioren, Menschen mit Behinderung und Menschen unterschiedlichen Geschlechts. Ziel ist dabei, die Partizipation zu stärken, Interessen zu bündeln und zu einem gerechten Interessenausgleich zu führen.

Die bisherigen Absätze 7 und 8 werden zu den Absätzen 11 und 12.

§ 5

§ 11 Abs. 11 (neu) erhält folgende Fassung:

Soweit in den Abs. 2 bis 10 nichts anderes geregelt ist, sind die übrigen Ausschüsse zuständig für die Vorberatung von Angelegenheiten, über die der Rat zu entscheiden hat in Anlehnung an die Zuständigkeitsregelung nach dem Aufgabengliederungsplan der Verwaltung. Sofern eine Zuständigkeit eines Fachausschusses nicht gegeben ist, wird die Angelegenheit dem Haupt- und Finanzausschuss unmittelbar zur Beratung zugeleitet.

§ 6

§ 15 Abs. 2 Ziffer 3 wird wie folgt neu gefasst:

„die Vergabe von Arbeiten, Lieferungen und Leistungen bis zu einer Auftragssumme von 50.000,00 € netto, bei Tiefbaumaßnahmen bis zu einer Auftragssumme von 150.000,00 € netto;“

§ 7

Folgender § 18 wird neu eingefügt:

„Der Rat der Stadt Kleve bildet eine Fraktionsvorsitzendenrunde, die der Stärkung des Informationsaustausches im Sinne einer konstruktiven und effektiven Zusammenarbeit zwischen Verwaltung und Politik dient.
An der Fraktionsvorsitzendenrunde nehmen der Bürgermeister und die Vorsitzenden der Fraktionen im Rat der Stadt Kleve teil. Der Bürgermeister kann bei Bedarf und mit Zustimmung der Vorsitzenden der Fraktionen auch fraktionslose Mitglieder des Rates zu den Sitzungen einladen. Des Weiteren können die Beigeordneten sowie weitere Bedienstete der Stadt Kleve auf Veranlassung des Bürgermeisters an der Fraktionsvorsitzendenrunde teilnehmen.
Bei Verhinderung nehmen die jeweiligen Stellvertretungen teil.“

Die bisherigen §§ 18 und 19 werden zu §§ 19 und 20.

§ 8

Die Satzung tritt am Tage nach ihrer Bekanntmachung in Kraft.

5. Änderung der Geschäftsordnung für den Rat und die Ausschüsse vom 23.04.2008
- Drucksache Nr. 179 /XI. -

StV. Weinrich bittet um Ergänzung, dass die Fraktionsvorsitzendenrunde einberufen werden müsse, wenn eine Fraktion es unter Angabe der Beratungspunkte verlange.

StV. Nitsch merkt daraufhin an, dass ihm das Quorum einer Fraktion zu niedrig sei.

StV. Dr. Meyer-Wilmes spricht sich im Namen ihrer Fraktion dafür aus, dass lediglich der Bürgermeister die Fraktionsvorsitzendenrunden einberufen solle. Diese sollten lediglich zur Vorbesprechung bzw. dem Informationsaustausch dienen.

StV. Hiob teilt mit, dass die CDU-Fraktion sich ebenfalls dafür ausspreche, dass eine Einberufung der Fraktionsvorsitzendenrunde die Ausnahme bleiben sollte und daher auch nur vom Bürgermeister einzuberufen sei.

StV. Tekath macht deutlich, dass es genügend Situationen gebe, in denen dringender Klärungsbedarf bestehe. Demnach solle eine Fraktionsvorsitzendenrunde auch einberufen werden, wenn eine qualifizierte Mehrheit der Fraktionen es verlange.

Aufgrund der Anmerkungen der Vorredner bittet StV. Weinrich um Ergänzung, dass die Fraktionsvorsitzendenrunde einberufen werden müsse, wenn mindestens zwei Fraktionen es verlangen würden.

Nach ausführlicher Diskussion stellt StV. Driever einen Antrag zur Geschäftsordnung auf Schluss der Debatte.

Beschluss:
Der Rat der Stadt Kleve beschließt einstimmig den Schluss der Debatte.

Bürgermeister Gebing lässt über den weitergehenden Antrag der Fraktion Offene Klever abstimmen.

Beschluss:
Der Rat der Stadt Kleve lehnt den weitergehenden Antrag der Fraktion Offene Klever mit der Ergänzung, dass die Fraktionsvorsitzendenrunde einberufen werden muss, wenn mindestens zwei Fraktionen es unter Angabe der Beratungspunkte verlangen, mehrheitlich bei fünf Ja-Stimmen ab.

Bürgermeister Gebing lässt sodann über den Beschlussvorschlag der Drucksache abstimmen.

Beschluss:
Der Rat der Stadt Kleve beschließt mehrheitlich bei fünf Gegenstimmen folgende

Änderung der Geschäftsordnung für den Rat und die Ausschüsse der Stadt Kleve vom 23.04.2008

§ 1

Folgender § 29 (Abweichungen für das Verfahren für die Fraktionsvorsitzendenrunde) wird neu eingefügt:

(1) Der Bürgermeister lädt bei Bedarf zu den Sitzungen der Fraktionsvorsitzendenrunde unter Angabe der Tagesordnung ein.

(2) Die Einladung sollte den Teilnehmenden mindestens 7 volle Tage vor dem Sitzungstag, den Tag der Absendung nicht eingerechnet, zugehen.
In besonders dringenden Fällen kann die Ladungsfrist bis auf 24 Stunden abgekürzt werden. Die Dringlichkeit ist in der Einladung zu begründen.

(3) Die Einberufung erfolgt im Rahmen der „digitalen Ratsarbeit“ durch elektronische Bereitstellung der Einladung. Die Teilnehmenden erhalten per E-Mail einen Hinweis

auf die Einstellung in das Ratsinformationssystem und die Sitzungsdienst-App. Die Sitzungsunterlagen sind alsdann von den Teilnehmenden elektronisch abzurufen.

(4) Über die Sitzungen wird eine Niederschrift gefertigt, die allen Teilnehmenden sowie allen Ratsmitgliedern durch elektronische Bereitstellung zur Verfügung gestellt wird.

Die bisherigen §§ 29 bis 35 verschieben sich entsprechend und werden zu §§ 30 bis 36.

§ 2

Die Änderung tritt am Tage nach der Bekanntmachung der entsprechenden Satzung zur Änderung der Hauptsatzung der Stadt Kleve vom 28.04.2008 in Kraft.

6. 1. Nachtrag 2021 inkl. Wirtschaftspläne GSK und USK
- Drucksache Nr. 170 /XI. -

Beschluss:
Der Rat der Stadt Kleve beschließt mehrheitlich bei drei Gegenstimmen

a) die 1. Nachtragshaushaltssatzung der Stadt Kleve für das Haushaltsjahr 2021

Aufgrund des § 78 ff. der Gemeindeordnung für das Land Nordrhein-Westfalen in der Fassung der Bekanntmachung vom 14.07.1994 (GV. NRW. S. 666), zuletzt geändert durch Artikel 3 des Gesetzes vom 29. September 2020 (GV. NRW. S. 916) hat der Rat der Stadt Kleve mit Beschluss vom 23.06.2021 folgende Nachtragshaushaltssatzung erlassen:

§ 1

Mit dem Nachtragshaushaltsplan werden

	die bisherigen fest-gesetzten Gesamt-beträge	**erhöht um**	**vermindert um**	**und damit der Gesamtbetrag des Haushaltsplans einschl. Nachträge festgesetzt auf**
	EUR	**EUR**	**EUR**	**EUR**
Ergebnisplan				
Erträge	163.718.900	4.369.600	3.415.400	164.673.100
Aufwendungen	161.925.400	4.643.000	1.916.600	164.621.800
Finanzplan				
aus laufender Verwaltungstätigkeit				
Einzahlungen	145.185.500	4.429.200	1.033.500	148.581.200
Auszahlungen	150.555.900	2.564.800	1.732.800	151.387.900

aus Investitionstätigkeit				
Einzahlungen	7.939.500	2.792.100	967.000	9.764.600
Auszahlungen	12.863.900	3.232.300	2.063.000	14.033.200
aus Finanzierungstätigkeit				
Einzahlungen	5.948.400	0	0	5.948.400
Auszahlungen	1.145.400	0	0	1.145.400

§ 2

Der bisher festgesetzte Gesamtbetrag der Kredite für Investitionen wird von 4.924.400 € auf 4.268.600 € um 655.800 € gemindert.

§ 3

Der Gesamtbetrag der Verpflichtungsermächtigungen, der zur Leistung von Investitionsauszahlungen in künftigen Jahren erforderlich ist, wird gegenüber der bisherigen Festsetzung in Höhe von 3.250.000 € um 2.523.000 € erhöht und damit auf 5.773.000 € festgesetzt.

§ 4

Eine Inanspruchnahme des Eigenkapitales soll nicht erfolgen. Aufgrund des voraussichtlichen Jahresergebnisses im Ergebnisplan wird gegenüber der bisherigen Planung eine Zuführung zur Ausgleichsrücklage in Höhe von 51.300 € eingeplant.

§ 5

Der bisher festgesetzte Höchstbetrag der Kredite zur Liquiditätssicherung wird nicht geändert.

§ 6

Die Steuersätze für die Gemeindesteuern bleiben unverändert.

§ 7

1. Es gilt der als Teil des Haushaltsplans 2021 beschlossene Stellenplan.

2. Die Zuständigkeit des Stadtkämmerers für die Leistung von über- und außerplanmäßigen
   Ausgaben und Aufwendungen gem. § 83 (1) Satz 3 GO NW wird wie folgt festgelegt:

   a) im Einzelfall bis 30.000 €

   b) bei Ausgaben und Aufwendungen, die aus Zuschüssen und ähnlichen Erträgen und Einnahmen Dritter bestritten werden können, bis 50.000 €

   c) Ausgaben und Aufwendungen, die aus inneren Verrechnungen, Geschäftsbeziehungen mit dem Sondervermögen und den verbundenen Unternehmen, kalk. Kosten, Rückstellungen und bilanzielle Abschreibungen entstehen, in unbegrenzter Höhe

3. Für über- und außerplanmäßige Verpflichtungsermächtigungen gem. § 85 (1), Satz 2 GO NW, gilt Abs. 2 a) und b) entsprechend.

4. Die Grenze für die nicht meldepflichtigen über- und außerplanmäßigen Ausgaben

wird auf 30.000 € festgelegt.

b) den 1. Nachtrag zum Wirtschaftsplan der Umweltbetriebe AöR der Stadt Kleve für 2021

c) den 1. Nachtrag zum Wirtschaftsplan des Gebäudemanagements der Stadt Kleve für 2021

7. Feststellung des Jahresabschlusses und des Lageberichtes des Gebäudemanagements der Stadt Kleve für das Wirtschaftsjahr 2020
- Drucksache Nr. 177 /XI. -

Bürgermeister Gebing lässt zunächst über die Beschlussvorschläge a) und b) der Drucksache abstimmen.

Beschluss:
Der Rat der Stadt Kleve beschließt einstimmig,
a) den Jahresabschluss und den Lagebericht des Gebäudemanagements der Stadt Kleve für das Wirtschaftsjahr 2020 entsprechend dem vorgelegten Bericht festzustellen,
b) den Jahresüberschuss 2020 in Höhe von 695.401,57 € auf neue Rechnung vorzutragen.

Die Mitglieder des Vergabe- und Betriebsausschusses nehmen an der Beratung und Abstimmung zu Beschlussvorschlag c) der Drucksache nicht teil.

Beschluss:
Der Rat der Stadt Kleve beschließt einstimmig bei vier Enthaltungen, dem Vergabe- und Betriebsausschuss für das Wirtschaftsjahr 2020 Entlastung zu erteilen.

8. Feststellung des Jahresabschlussberichtes der Wirtschaft, Tourismus & Marketing Stadt Kleve GmbH und des Lageberichtes für das Geschäftsjahr 2020
- Drucksache Nr. 181 /XI. -

Bürgermeister Gebing lässt zunächst über die Beschlussvorschläge a) und b) der Drucksache abstimmen.

Beschluss:
Der Rat der Stadt Kleve beschließt einstimmig, der Gesellschafterversammlung zu empfehlen:
a) den Jahresabschluss 2020 mit einer Bilanzsumme von 119.731,40 € und einem Jahresfehlbetrag in Höhe von 12.790,32 € festzustellen und diesen auf neue Rechnung vorzutragen.
b) der Geschäftsführung für das Geschäftsjahr 2020 Entlastung zu erteilen.

Bürgermeister Gebing sowie die übrigen Mitglieder des Aufsichtsrates der Wirtschaft, Tourismus & Marketing Stadt Kleve GmbH nehmen an der Beratung und Abstimmung zu Beschlussvorschlag c) der Drucksache nicht teil. StV. Siebert übernimmt den Vorsitz.

Beschluss:
Der Rat der Stadt Kleve beschließt einstimmig bei vier Enthaltungen der Gesellschafterversammlung zu empfehlen, dem Aufsichtsrat für das Geschäftsjahr 2020

Entlastung zu erteilen.

9. Vorstellung der Entwurfsplanung zur Neugestaltung des Stadthallenumfeldes 3. BA
- Drucksache Nr. 174 /XI. -

StV. Gietmann beantragt die Verweisung der Drucksache in die nächste Sitzung des Rates. Er führt aus, dass sich die SPD-Fraktion seit 2018 für die Ausweitung des Kermisdahls ausspreche. Zudem bestehe seit 2019 die Idee zur Errichtung eines offenen Parkdecks in diesem Bereich. Die Entwurfsplanungen zur Neugestaltung des Stadthallenumfeldes entsprächen genau dem Gegenteil.

Bürgermeister Gebing berichtet, dass die Errichtung des Parkdecks nicht Gegenstand des 3. BA sei.

Tariflich Beschäftigter Klockhaus teilt mit, dass am gestrigen Tag die Submission für die Planungsvergabe des Parkdecks erfolgt sei. Es sei beabsichtigt, die Konzeptstudie von einem externen Ingenieurbüro erstellen zu lassen. Dies werde zeitnah erfolgen.

Er führt aus, dass die ursprüngliche Idee, den Uferweg zum Wasser zu führen, aus Klimaschutzgründen verworfen worden sei. Zudem hätte die Barrierefreiheit nicht gewährleistet werden können. Die neuen Planungen seien auf eine Optimierung der Versickerung des Regenwassers in die vergrößerten Grünflächen ausgelegt. Darüber hinaus würden auch die Uferbereiche weiter begrünt, sodass auch in diesem Bereich eine ökologische Aufwertung erfolge.
Es stehe im Vordergrund eine ökologische Aufwertung in diesem Bereich vorzunehmen und dass die Ziele des Klimaschutzes verfolgt würden.

StV. Koken merkt an, dass er im Ausschuss für Infrastruktur und Mobilität um eine Auswahlmöglichkeit der in Frage kommenden Pflastersteine gebeten habe.

Tariflich Beschäftigter Klockhaus stellt zwei Muster der in Frage kommenden Pflastersteine vor, die der Niederschrift als Anlage beigefügt sind.

StV. Bay fragt nach, warum auf dem Vorblatt der Drucksache bei Teil des Klimaschutzfahrplan „Nein“ angekreuzt worden sei.

Bürgermeister Gebing erklärt, dass das Konzept nicht Gegenstand des beschlossenen Klimaschutzfahrplans sei.

StV. Bay bittet darum, die Drucksache nicht zu beschließen, da er zunächst eine Beratung im Ausschuss für Klima-, Umwelt- und Naturschutz wünsche.

Tariflich Beschäftigter Klockhaus erklärt, dass eine Umsetzung nach den europäischen Wasserrahmenrichtlinien erfolgen werde. Er erinnert an die Empfehlungen des Umweltbüros Essen in Bezug auf die Algenproblematik. Aufgrund der Erwärmung des Spoykanals und des Kermisdahls seien flankierende Maßnahmen zu treffen. In dem vorgestellten Konzept würden die flankierenden Maßnahmen, z.B. Uferbeschattung und auch das Einsetzen entsprechender Pflanzen, für eine Verbesserung des Wassers umgesetzt.
Des Weiteren erfolge bei den Planungen für diesen Bereich eine starke Berücksichtigung

der Versickerungsmöglichkeiten.

Erster Beigeordneter Haas bittet darum, die vorliegende Drucksache in der heutigen Ratssitzung zu beschließen.

StV. Weinrich beantragt ebenfalls eine Verweisung der vorliegenden Drucksache in den Ausschuss für Klima-, Umwelt- und Naturschutz.

StV. Fuchs schließt sich dem an. Sie schlägt zudem vor, dass eine Vorstellung der in Frage kommenden Pflastersteine für den geplanten Bereich in natura erfolgen solle.

Auf Nachfrage, ob der neu geplante Spielplatz an der Stadthalle den vorhandenen Spielplatz am alten Hallenbad gefährde, erklärt Erster Beigeordneter Haas, dass der Spielplatz am alten Hallenbad im Rahmen des IHK in das Stadthallenumfeld verlegt werde. Dies sei im Gesamtkonzept bereits beschlossen worden.

StV. U. Janßen lobt die Entwurfsplanungen zur Gestaltung des Stadthallenumfeldes. Er kündigt allerdings an, sich bei der Abstimmung zu enthalten, da er der Meinung sei, dass es Radfahrern zuzutrauen sei, den Weg über die Wasserstraße zu nutzen. Er bevorzuge, den geplanten Weg nur Fußgängern und Rollstuhlfahrern zu überlassen.

StV. B. Janßen zweifelt an, dass der wassergebundene Weg barrierefrei sei. Er schlägt daher vor, den Weg in einen befestigten Teil und einen unbefestigten Teil zu teilen. Zudem bittet er um Berücksichtigung der Konstatierung für Blinde und Sehbehinderte.

StV. Dr. Meyer-Wilmes schlägt vor, einen Beschluss über die generelle Planung zu fassen. Die Auswahl der Pflasterung vor der Stadthalle solle im Ausschuss für Kultur- und Stadtgestaltung besprochen werden. Die ökologischen Gesichtspunkte sollten im Ausschuss für Klima- Umwelt- und Naturschutz beraten werden.

Bürgermeister Gebing fasst den Beschlussvorschlag zusammen und lässt darüber abstimmen.

Beschluss:
Der Rat der Stadt Kleve beschließt einstimmig bei einer Enthaltung,

a) im Grundsatz die Endplanungen des Stadthallenumfeldes 3. Bauabschnitt wie in der Drucksache dargelegt.
b) die Pflasterfläche vor der Stadthalle im Ausschuss für Kultur- und Stadtgestaltung unter Vorlage verschiedener Muster abschließend zu entscheiden.
c) die ökologischen Auswirkungen der Planungen im Ausschuss für Klima-, Umwelt- und Naturschutz vorzustellen und zu beraten.

10. Vorstellung Anliegerversammlung Ausbau Spyckstraße 2. BA, von Kavariner Straße bis Goethestraße
- Drucksache Nr. 175 /XI. -

Tariflich Beschäftigter Klockhaus ergänzt zur Drucksache, dass mit einem Baubeginn im 1. Quartal 2022 gerechnet werde und eine Bauzeit von ca. 1,5 Jahren vorgesehen sei.

Beschluss:
Der Rat der Stadt Kleve nimmt die Ergebnisse der Anliegerbeteiligung zum 2.

Bauabschnitt der Spyckstraße zur Kenntnis und beschließt einstimmig, die weiteren Planungen auf der Grundlage des Verwaltungsentwurfs weiterzuführen und die Baumaßnahme umzusetzen.

11. Beteiligung der Stadt Kleve an der Initiative "Seebrücke - schafft sichere Häfen" (Antrag der Fraktion Bündnis 90/ DIE GRÜNEN vom 31.03.2021)

Bürgermeister Gebing weist auf die Änderung des Antrages hin, die sich in der Sitzung des Sozialausschusses am 16.06.2021 ergeben habe. Zum einen werde die Ziffer 2 gestrichen und zum anderen wird Ziffer 4 wie folgt geändert:
„Die Stadt Kleve sorgt *weiterhin* für ein langfristiges Ankommen der Schutzsuchenden, indem sie insbesondere in den Bereichen Wohnen, Gesundheit und Bildung alle notwendigen Ressourcen für eine menschenwürdige Versorgung zur Verfügung stellt und ihre gesellschaftliche und politische Teilhabe sicherstellt.“

StV. Dörper begründet den Antrag.

StV. Oversteegen teilt mit, dass seine Fraktion diesen Antrag ablehnen werde. Er sei davon überzeugt, dass in Kleve bereits eine großartige Flüchtlingspolitik geleistet werde. Er gehe davon aus, dass den Flüchtlingen mit diesem Antrag nicht geholfen werde.

StV. Weinrich sagt, dass er sich gewünscht hätte, dass die Ziffer 2 des Antrages nicht gestrichen worden wäre. Er stimme dem Antrag dennoch zu.

StV. Plorin spricht sich für eine Seenotrettung aus, allerdings nicht für eine „Schlepperei“, in der es seiner Meinung nach in dem Antrag gehe. Er verweist auf eine Umfrage der Diakonie, deren Ergebnis gewesen sein solle, dass zwei Drittel der Deutschen eine weitere Flüchtlingsaufnahme ablehnen würden. Er gehe davon aus, dass die Wähler der AfD-Fraktion und auch viele Wähler der anderen Fraktionen in Kleve die Ansicht des Umfrageergebnisses teilen würden.

StV. Siebert widerspricht der AfD-Fraktion und bekräftigt, dass das nicht dem Willen der breiten Mehrheit der Bevölkerung im Stadtgebiet Kleve entspreche.

Beschluss:
Der Rat der Stadt Kleve beschließt mehrheitlich bei einer Gegenstimme und drei Enthaltungen, dem Antrag der Fraktion Bündnis 90 /Die GRÜNEN zur Beteiligung der Stadt Kleve an der Initiative „Seebrücke – schafft neue Häfen“ mit den vorgetragenen Änderungen, zu folgen.

12. Errichtung eines ARAS an der unteren Römerstraße (Antrag der Fraktion Bündnis 90/ DIE GRÜNEN vom 26.04.2021)

Bürgermeister Gebing weist auf den einstimmigen Prüfauftrag aus dem Ausschuss für Infrastruktur und Mobilität hin.

Tariflich Beschäftigter Klockhaus führt aus, dass im Rahmen der Baumaßnahmen an der Ringstraße die Römerstraße als Umleitungsstrecke genutzt werde. Für die Errichtung eines provisorischen ARAS auf der Römerstraße müsse der Bereich der Mittelinsel zurückgebaut werden. Er führt aus, dass er bereits vorgeschlagen habe, die Errichtung des ARAS auf der Römerstraße im Zuge der Fertigstellung des 1. Bauabschnittes der

Ringstraße vorzunehmen. Aufgrund der genannten Aspekte sei eine Errichtung eines provisorischen ARAS nicht möglich.

Auf Nachfrage von Bürgermeister Gebing teilt tariflich Beschäftigter Klockhaus mit, dass mit dem Ausbau der Ringstraße im 1. Quartal 2022 begonnen werde. Es fänden noch Abstimmungsgespräche mit dem Landesbetrieb statt, da der Landesbetrieb sich ebenfalls an der Baumaßnahme beteilige. Der Abschluss der Ausführungsplanungen und der Start des Vergabeverfahrens sei für das 4. Quartal 2021 geplant.

Darüber hinaus teilt tariflich Beschäftigter Klockhaus mit, dass das bereits erstellte Umleitungskonzept erneut geprüft werde. Dieses werde im Fachausschuss näher erläutert.

StV. Schnütgen merkt an, dass der Beschluss, dem Antrag zu folgen, im Ausschuss für Infrastruktur und Mobilität einstimmig empfohlen worden sei. Sie betont, dass die Sicherheit der Fahrradfahrer im Vordergrund stehe.

Tariflich Beschäfter Klockhaus führt aus, dass im Ausschuss für Infrastruktur und Mobilität eine Prüfung der Errichtung eines provisorischen ARAS vereinbart worden sei. Nach Prüfung sei festgestellt worden, dass aufgrund der vorher genannten Aspekte eine Errichtung nach Fertigstellung des 1. Bauabschnitts der Ringstraße vorgeschlagen worden sei.

StV. Koken betont, dass aufgrund der Baumaßnahme und der entstehenden Verkehrsbelastung die Sicherheit der Fahrradfahrer in dieser Zeit sichergestellt werden müsse.

StV. Brückner kritisiert, dass der Antrag seitens des Tiefbauamtes erst im Nachgang der Sitzung des Ausschusses für Infrastruktur und Mobilität geprüft worden sei. Er bittet um Abstimmung des Antrages.

Erster Beigeordneter Haas spricht sich für die Errichtung eines provisorischen ARAS aus. Er sagt, dass die Kosten für die Errichtung überschaubar seien.

Bürgermeister Gebing schließt sich den Worten des Ersten Beigeordneten Haas an. Es solle kurzfristig die provisorische Maßnahme umgesetzt werden.

Auf Nachfrage von Bürgermeister Gebing, warum die Mittelinsel zurückgebaut werden müsse, antwortet tariflich Beschäftigter Klockhaus, dass dies für die Einfädelungsspur erforderlich sei.
Nach einer Diskussionsrunde fasst Bürgermeister Gebing zusammen, dass kurzfristig ein ARAS über die gesamte Straßenbreite umgesetzt werden solle, sodass die Fahrradfahrer, die nach links abbiegen wollen, sich links einzuordnen hätten. Die Fahrradfahrer, die geradeaus fahren oder rechts abbiegen wollen, sich rechts einzuordnen hätten.

<u>Beschluss</u>
Der Rat der Stadt Kleve folgt mehrheitlich bei zwei Gegenstimmen dem Antrag der Fraktion Bündnis 90/ DIE GRÜNEN zur Errichtung eines provisorischen ARAS an der unteren Römerstraße.

13. Schaffung einer zusätzlichen Unterkunft mit psychosozialer Begleitung für obdachlose Frauen in Kleve (Antrag der Fraktion Bündnis 90/ DIE GRÜNEN vom 11.05.2021)

StV. Siebert begründet den Antrag und weist auf die Aussagen von Oberverwaltungsrat van Hoof in der Sitzung des Sozialausschusses am 16.06.2021 hin.

Sie teilt mit, dass trotz ausführlicher Beratung im Sozialausschuss der Antrag aufrechterhalten werde. Ihre Fraktion wolle sich absichern, dass noch vor dem Winter 2021 eine zusätzliche Lösung für obdachlose Frauen geschaffen werde.

Bezüglich der psychosozialen Begleitung solle der Antrag in einen Prüfauftrag verwandelt werden. Die Verwaltung werde beauftragt, eine nordkreisweite Lösung für die Sicherstellung der psychosomatischen Begleitung zu finden.

Erster Beigeordneter Haas führt aus, dass bereits konstruktive Gespräche stattgefunden hätten. Er bittet um Verständnis, dass bislang noch keine abschließende Lösung vorgelegt worden sei. Es müsse geprüft werden, ob bereits Maßnahmen für diesen Winter umgesetzt werden könnten, oder ob zunächst eine Übergangslösung greifen müsse. Er betont, dass er dafür geworben habe, eine nordkreisweite Lösung für eine psychosomatische Beratung und Begleitung zu finden und versichert eine zeitnahe Rückmeldung über die Gespräche im Sozialausschuss.

Beschluss:
Der Rat der Stadt Kleve beschließt einstimmig, notwendigen Wohnraum durch Anmietung, Neubau oder Ankauf und Umbau einer Immobilie zu schaffen. Dieser sollte an einem sicheren und innenstadtnahen Standort erfolgen und ausschließlich der Unterkunft von obdachlosen Frauen dienen.
Zudem wird die Verwaltung beauftragt, eine nordkreisweite Lösung für die Sicherstellung der psychosozialen und psychosomatischen Begleitung zu prüfen und über die Ergebnisse im Sozialausschuss zu berichten.

14. Prüfung der Einrichtung eines Pop-up-Radweges an der Ringstraße zwischen Freiherr-vom-Stein-Gymnasium und Marktplatz Linde (Antrag der SPD-Fraktion vom 25.02.2021)

StV. Lichtenberger begründet den Antrag. Er führt aus, dass die Stärkung des Radverkehrs im Vordergrund stehe. Es sei der SPD-Fraktion bewusst, dass zunächst, aufgrund der geplanten Baumaßnahmen an der Ringstraße, eine vorrübergehende Maßnahme getroffen werden müsse.

Tariflich Beschäftigter Klockhaus verweist auf seine Erläuterungen aus dem Ausschuss für Infrastruktur und Mobilität. Aufgrund der geplanten Bauumsetzung an der Ringstraße werde die Einrichtung eines Pop-up-Radweges mit einer jeweiligen Breite von 3,0 Meter nicht empfohlen.

Er weist darauf hin, dass die Errichtung eines Schutzstreifens möglich sei, wenn der Längsparkstreifen, der 30 Stellplätze enthalte, entfernt werde.

StV. Koken teilt die Zustimmung seiner Fraktion mit.

StV. Oversteegen führt aus, dass die FDP-Fraktion den Antrag ablehnen werde. Es solle im Anschluss der Fertigstellung der Baumaßnahmen an der Ringstraße eine Option für den Radverkehr in diesem Bereich geschaffen werden.

StV. Hiob schließt sich seinem Vorredner an und teilt mit, dass seine Fraktion dem Antrag nicht zustimmen werde. Der Aufwand dieser Übergangslösung für den Zeitraum bis zum Beginn der Baumaßnahme im 1. Quartal 2022 sei zu groß.

StV. Nitsch betont, dass die Förderung der Sicherheit der Fahrradfahrer im Vordergrund stehe. Es solle das geleistet werden, was in dem Bereich machbar sei. Demnach könne eine Modifizierung des Antrages dahingehend erfolgen, dass die Errichtung eines beidseitigen Fahrrad-Schutzstreifens beantragt werde.

Tariflich Beschäftigter Klockhaus erläutert erneut den Unterschied zwischen einem Pop-up-Radweg und einem Fahrrad-Schutzstreifen.

StV. Dr. Meyer-Wilmes teilt mit, dass die Fraktion Bündnis 90/ DIE GRÜNEN für die Errichtung eines Schutzstreifens plädieren werde.

StV. Tekath beantragt die namentliche Abstimmung.

Bürgermeister Gebing lässt über den Antrag zur namentlichen Abstimmung abstimmen, da die SPD-Fraktion nicht ein Fünftel der Ratsmitglieder stellt.

Beschluss:
Der Rat der Stadt Kleve lehnt den Antrag zur namentlichen Abstimmung mehrheitlich bei zehn Ja-Stimmen ab.

Bürgermeister Gebing teilt mit, dass er aufgrund seiner Befangenheit nicht mit abstimmen werde. Er lässt sodann über die Modifizierung des Antrages der SPD-Fraktion offen abstimmen.
Er teilt zunächst ein Abstimmungsergebnis von 21 Ja-Stimmen und 23 Nein-Stimmen mit.

Auf Hinweis von StV. Tekath, dass dieses Abstimmungsergebnis rechnerisch nicht korrekt sei, wird eine erneute Abstimmung durchgeführt. Den Vorsitz übernimmt StV. Siebert.

Beschluss
Der Rat der Stadt Kleve beschließt mehrheitlich bei 23 Gegenstimmen einen beidseitigen Schutzstreifen auf der Ringstraße einzurichten.

15. Trinkwasser- und Fahrradservicestationen für die Europa-Radbahn von Kleve nach Kranenburg (Antrag SPD-Fraktion vom 29.03.2021)

Bürgermeister Gebing macht auf die Modifizierung des Antrages im Ausschuss für Infrastruktur und Mobilität aufmerksam. Zum einen solle die Verwaltung den Standort der Trinkwasserstation am Forstgarten prüfen. Zudem solle für die Fahrradservicestation der Standort am Draisinenbahnhof sowie ein eventueller zweiter Standort auf der Tiergartenstraße geprüft werden.
Weiter solle die Verwaltung die Problematik einer Keimbildung in den Wasserleitungen, bei Nichtbenutzung der Trinkwasserstationen prüfen.

StV. Brückner begründet den Antrag und bittet um Zustimmung des ursprünglichen Antrages.

Bürgermeister Gebing lässt zunächst über den Antrag der SPD-Fraktion, ohne die im

Ausschuss für Infrastruktur und Mobilität empfohlene Modifizierung, abstimmen.

Beschluss:
Der Rat der Stadt Kleve lehnt den Antrag der SPD-Fraktion zur Einrichtung der Trinkwasser- und Fahrradservicestationen entlang der Strecke der Europa-Radbahn von Kleve nach Kranenburg mehrheitlich bei acht Ja-Stimmen ab.

Bürgermeister Gebing lässt sodann über die Modifizierung des Antrages aus dem Ausschuss für Infrastruktur und Mobilität abstimmen.

Beschluss
Der Rat der Stadt Kleve beschließt mehrheitlich bei einer Gegenstimme, dass die Verwaltung beauftragt wird, den Standort der Trinkwasserstation am Forstgarten zu prüfen. Zudem soll für die Fahrradservicestation der Standort am Draisinenbahnhof sowie ein eventueller zweiter Standort auf der Tiergartenstraße geprüft werden. Darüber hinaus soll die Verwaltung die Problematik einer Keimbildung der Wasserleitung bei Nichtbenutzung der Trinkwasserstationen prüfen.

16. Prüfung der Ausweisung einer städtischen Fläche für eine Wasserstofftankanlage (Antrag SPD-Fraktion vom 12.04.2021)

StV. Gietemann begründet den Antrag.

Bürgermeister Gebing lässt über den Beschlussvorschlag der Sitzung des Ausschusses für Infrastruktur und Mobilität, den Antrag der SPD-Fraktion abzulehnen, abstimmen.

Beschluss
Der Rat der Stadt Kleve lehnt den Beschlussvorschlag des Ausschusses für Infrastruktur und Mobilität, den Antrag der SPD-Fraktion zur Prüfung der Ausweisung einer städtischen Fläche für eine Wasserstofftankanlage abzulehnen, mehrheitlich bei 24 Ja-Stimmen ab.

17. Fortschreibung des Sportentwicklungskonzepts Kleve (Antrag der SPD-Fraktion vom 11.06.2021)

StV. Lichtenberger begründet den Antrag.

StV. Koken teilt die Zustimmung seiner Fraktion mit und weist darauf hin, dass eine Fortschreibung des Sportentwicklungskonzeptes nicht dazu führen dürfe, dass bereits beschlossene Aspekte neu diskutiert, sondern diese umgesetzt würden.

Auch StV. Oversteegen teilt die Zustimmung seiner Fraktion mit. Um eine seriöse Sportpolitik betreiben zu können, müsse eine erneute Einbindung von fachkundigen Personen zum Sportentwicklungskonzept erfolgen.

StV. Hiob führt aus, dass die CDU-Fraktion dem Antrag nicht folgen werde. Aufgrund der Gutachten, die im letzten Jahr erstellt worden seien, werde ohnehin eine Fortschreibung des Sportentwicklungskonzeptes erfolgen. Zudem fände ein kontinuierlicher Austausch mit den Sportvereinen statt, sodass keine Notwendigkeit in dem Antrag der SPD-Fraktion gesehen werde.

Auf Vorschlag von StV. Weinrich beantragt StV. Nitsch die Verweisung des Antrages zur

weiteren Beratung in den Sportausschuss am 02.09.2021.

Beschluss:
Der Rat der Stadt Kleve beschließt mehrheitlich bei einer Gegenstimme, den Antrag der SPD-Fraktion zur Fortschreibung des Sportentwicklungskonzeptes Kleve zur weiteren Beratung in den Sportausschuss zu verweisen.

18. Mitteilungen

a) Einführung Stadtgutscheine

Bürgermeister Gebing teilt mit, dass die Stadtgutscheine kurz vor der Einführung stünden und eine entsprechende Mitteilung seitens der WTM erfolgen werde.

b) Rechtskonforme Ergänzung der Vertretungsregelung

Bürgermeister Gebing kündigt an, in der nächsten Sitzung des Haupt- und Finanzausschusses und des Rates eine Drucksache zur Entscheidung vorzulegen, in der eine rechtskonforme Vertretungsregelung für sachkundige Bürger als Ergänzung in die Geschäftsordnung aufgenommen sei.

c) Förderprogramm "Extra-Zeit zum Lernen"

Bürgermeister Gebing teilt mit, dass zum Förderprogramm „Extra-Zeit zum Lernen“ ein Antrag von der Gesamtschule am Forstgarten für eine zweitägige Maßnahme bei der Bezirksregierung eingereicht worden sei. Zwei weitere Anträge würden voraussichtlich noch eingereicht.
Die Eigenanteile würden jeweils durch die Schulen selbst aufgebracht. Sollten für den Zeitraum ab Herbst Maßnahmen angedacht sein, schlage die Verwaltung vor, für den zu erbringenden Eigenanteil, 1.000 € pro Schule zur Verfügung zu stellen. Die Gesamtkosten würden sich auf 12.000 € belaufen. Er äußert, dass die Anträge u.a. auch durch Träger der freien Jugendhilfe gestellt werden könnten. Der städtische Eigenanteil würde dann nach Prüfung der Verwendung gezahlt.

d) Digitalisierung an Schulen

Erster Beigeordneter Haas teilt mit, dass die Verwaltung einen Ergänzungsbescheid zur Digitalisierung der Schulen erhalten habe. Die beantragten Gesamtausgaben seien von rund 2,4 auf 2,55 Millionen € gestiegen. Zusätzlich seien etwas über 100.000 € für die Digitalisierung eingeworben worden. Der Antrag sei von der Bezirksregierung zeitnah innerhalb von vier Wochen beantwortet worden, wodurch sich die Eigenanteile der Stadt Kleve erheblich reduzieren würden.

19. Anfragen

a) Relaunch Internetseite der Stadt Kleve

StV. Nitsch weist auf die vergangene Sitzung des Integrationsrates hin und fragt an,

wann mit dem Relaunch der Homepage der Stadt Kleve gerechnet werden könne und regt an, die Internetseite in mehreren Sprachen zur Verfügung zu stellen. Als vorangehendes Beispiel nennt er die Internetseite des Kreises Kleve.

Bürgermeister Gebing teilt mit, dass ein Translater für die neue Internetseite eingeplant sei.

StV. Nitsch fragt, wann mit einer Umsetzung zu rechnen sei.

Verwaltungsrat Boltersdorf antwortet, dass ein Relaunch vermutlich im März 2022 erfolgen werde.

StV. Nitsch führt aus, dass er die Digitalisierungsarbeit der Verwaltung sehr schätze, betont allerdings, dass es wichtig sei, eine schnelle Lösung für die Mehrsprachigkeit und Barrierefreiheit zu realisieren.

Ende der Sitzung: 20:45 Uhr

(Gebing) Bürgermeister	(Grömping) Schriftführerin